

Politische Bildung für alle?

Zugänge und Teilnahme von Jugendlichen aus marginalisierten Gruppen zu Angeboten der politischen Bildung – ein Gespräch

Das AdB-Jahresthema 2023/2024 lautet „Widerstandsfähigkeit demokratischer Gesellschaften stärken. Die Rolle politischer Bildung in Zeiten globaler Krisen“. Eine wichtige Frage, die in diesem Zusammenhang in der politischen Bildung diskutiert wird, ist, wie möglichst alle Menschen in die Gestaltung und Stärkung der Demokratie einbezogen werden können. Straßenkinder bzw. entkoppelte Jugendliche sind da mit Sicherheit kaum im Blick. In dem folgenden Gespräch geht es um die Frage, was es braucht, um Strukturen der politischen Bildung auf marginalisierte Gruppen aufmerksam zu machen, bzw. sich dahingehend zu öffnen. von Iwona Domachowska und Anett Quint

Iwona Domachowska: Seit 2016 finden in einem regelmäßigen Rhythmus Seminare für und mit Straßenkindern ¹ im Bereich der politischen Jugendbildung statt. Sie entstehen in Kooperation zwischen dem *Gustav Stresemann Institut in Niedersachsen e. V.* (GSI) und *KARUNA e. V.* bzw. der Initiative „*Momo – the Voice of Disconnected Youth*“ (MOMO) – Träger, die ganz unterschiedliche Profile haben. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass Jugendliche und junge Erwachsene, die aus schwierigen Familienkontexten kommen und Teil ihres jungen Lebens auf der Straße verbrachten, zu Seminaren in ein Haus kommen, das mit seinem Angebot eher die Mitte der Gesellschaft als Zielgruppe erreicht ... Dazu stellt sich als erstes die Frage nach dem Zugang für marginalisierte Gruppen zu (Bildungs-)Angeboten. Wie schätzt du das ein? Was war hier das ausschlaggebende Kriterium, dass es möglich war, Seminare für entkoppelte Jugendliche im GSI zu etablieren?

Anett Quint: Ich würde gern zwei Antworten darauf geben. Zum einen zum generellen Zugang von marginalisier-

¹ Zu verschiedenen Begriffen und den genannten Institutionen siehe das kleine Glossar am Ende des Gesprächs.

ten Gruppen und im Speziellen zu unserer gemeinsamen Verantwortung gegenüber der Gruppe der MOMOs.

Wir beide, du als Bildungsreferentin im GSI und ich als Traumapädagogin im *Justus Delbrück Haus | Akademie für Mitbestimmung Bahnhof Jamlitz*, kennen Marginalisierung von anderen Gruppen, die am Rand der Gesellschaft und außerhalb unseres Blickfeldes leben. Dabei hat die Gesellschaft Gruppen, die offen auf Grund ihrer Hautfarbe, Sprache und Herkunft diskriminiert werden, noch im Blick. Menschen, die illegal hier leben, werden gar nicht mehr gesehen. Andere, einst marginalisierte Gruppen wie die Gruppe der LGTBQ, haben es verstanden, auf ihre Bedürfnisse aufmerksam zu machen, was dennoch nicht bedeutet, dass es weniger Diskriminierung gibt, auch aus dem Unverständnis heraus, wer diese Menschen sind, was sie wollen und was das mit uns allen zu tun hat.

Insgesamt stelle ich in der Praxis fest, dass viele Gruppen die Diversität der Gesellschaft schon spiegeln und anzeigen, aber dass die Masse an Menschen, die von deren Problemen nicht betroffen sind, überfordert scheinen. So leben wir als Gesellschaft seit Jahrzehnten mit dem Anblick obdachloser Menschen in Großstädten und mittlerweile auch in kleineren Städten. Für mich – ich kom- →

me aus der DDR – ein unfassbares Bild. Ich bin – auch bezogen auf die Obdachlosigkeit – anders sozialisiert. Für mich ist das kein notwendiges Schicksal, es ist kein persönliches Schicksal und es fällt auch nicht vom Himmel als Bestrafung für etwas. Menschen, die auf der Straße leben, sind oftmals traumatisiert, in der Folge psychisch belastet. Einhergehend mit Sucht, Schulden, Krankheiten und Straffälligkeiten wird daraus sehr schnell eine menschliche Tragödie. Wenn dazu noch der Verlust von Wohnung und Einkommen kommen, weil zwangsgeräumt wird und man damit auch seine Meldeadresse verliert, ohne die heute in Deutschland gar nichts mehr geht, dann ist das kein persönliches Versagen, sondern eine berechenbare Katastrophe. Ich verstehe nicht, warum der Staat seine Bürger*innen davor nicht schützt.

Dieser Perspektivwechsel von „selber schuld“ hin zu „das kann auch mir passieren, weil strukturelle Bedingungen es begünstigen“ würde schon helfen, auf obdachlose Menschen anders zu schauen. Die MOMOs versuchen das, in dem sie eine Anlaufstelle für von Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffene Jugendliche und junge Erwachsene sind. Es gibt Büros in Essen, Hamburg und Berlin, die ständig um ihr Überleben kämpfen. Was entscheidend bei den MOMOs ist: Sie helfen im konkreten Fall auch mit Klamotten, Geld und Essen, aber sie bieten vor allem einen Raum, um sich selbst zu vertreten. Das vergessen wir schnell – auf der Straße hat man kein Bett, keinen Zugang zu Wasser und Toiletten, oft kein Essen, aber man hat auch keinen Zugang zu Bildung, Selbstvertretung und Gemeinschaft. Die MOMOs organisieren eine jährliche *Bundeskongferenz der Straßenkinder*, um Verwaltung und Politik ihre Probleme mitzuteilen. Zur Vorbereitung kommen sie nach Jamlitz. Aber sie fahren auch zweimal im Jahr nach Bad Bevensen ins GSI, um hier an Maßnahmen der politischen Bildung teilzunehmen. Im GSI fallen sie auf, weil die Zielgruppen des GSI in der bürgerlichen Mitte und darüber liegen. Und dann gibt es die diskriminierende Erfahrung, dass sie „ja so freundlich seien, was man gar nicht gedacht hätte“. Solche Begegnungen sind wichtig, weil sie den Perspektivwechsel überhaupt erst ermöglichen. Gleichzeitig wissen wir, ohne *Iwona* als Bildungsreferentin im GSI und ohne *Anett* als Leiterin der Bildungsstätte in Jamlitz würde es dazu nicht kommen. Wir kennen uns viele Jahre, wir schätzen unsere Arbeit, hinter uns liegen gemeinsame Seminare und wir haben ein Bewusstsein dafür, dass wir innerhalb des Machtgefüges in dieser Gesellschaft unsere privilegierte Stellung nutzen, um ausgeschlossenen Menschen einen Zugang zur Gesellschaft zu ermöglichen.

Leider ist das so. Obwohl die *Bundeszentrale für politische Bildung/bpb* sich auch um benachteiligte Menschen kümmern sollte, mit Angeboten und Finanzierungen, wissen wir, dass diese Verwaltung diese Menschen niemals erreicht und wenn sie Vereine erreicht, die diesen Menschen helfen, dann sind sie so starr in der Förderung, dass Aktivitäten kaum möglich sind. Es bleibt, wie so oft, nur eine Art Graswurzelaktion, um das eine zum anderen zu bringen. Das ist eine bittere Erfahrung für mich, dass die Politik mit gutem Willen so oft danebenliegt, weil sie keine Ahnung mehr von den tatsächlichen Bedingungen vor Ort hat. Und keine Vorstellung von den Bedürfnissen marginalisierter Gruppen.

Iwona Domachowska: Ja, der Anfang der Seminare war damals für niemanden selbstverständlich. Im Haus selbst gab es einen klaren Wunsch danach, diese Jugendlichen zu erreichen und politische Bildungsangebote für sie durchzuführen. Dies wurde weder inhaltlich noch pädagogisch bzw. von der Frage her – die übrigens auch sehr diskriminierend wirken kann –, wie das denn sonst zum Haus passe, nie in Frage gestellt. Zum anderen beschäftigten mich als Jugendbildungsreferentin am Anfang stark Fragen danach, wie die Praxis der pädagogischen Arbeit aussehen würde.

Dabei stellte weder die inhaltliche Arbeit eine zu hohe Herausforderung dar, noch die Tatsache, einer Gruppe von entkoppelten Jugendlichen Raum – wortwörtlich und metaphorisch – zu bieten. Die eigentlichen Schwierigkeiten decken sich mit deiner Beschreibung im Bereich der Bürokratie, solche Seminare zu gestalten. Zwar steht die Förderung der verschiedenen Geldgeberinstitutionen oftmals allen zu. Gleichzeitig stoßen wir z. B. bei den Formularen der Teilnehmer*innen-Listen auf Kriterien, die bei den Betroffenen als Trigger wirken können. Dazu gehört insbesondere die ansonsten wenig auffällige Spalte „Anschrift“, die für Straßenkinder alles andere als selbstverständlich ist. Und wenn die Teilnehmenden die Abkürzung „o.f.W.“ (ohne festen Wohnsitz – offizielle Eintragung im Meldeamt/auf dem Ausweis) eintrugen, folgten daraufhin Verständnisfragen, weil die Abkürzung unverständlich sei! Die Welten, die hier aufeinanderstoßen, können in einem Land nicht weiter weg voneinander liegen ... Das ist schwer zu verstehen und lässt die Frage danach stellen, ob außerschulische Bildungsangebote und Fördermittel wirklich allen offen zur Verfügung stünden.

Eine weitere Hürde in der praktischen Durchführung von Seminaren sind auch formale Anforderungen wie z. B.

in Anzahl der durchzuführenden Seminarstunden bzw. Seminarzeiten generell. Bei Gruppen, die ins GSI kommen, erleben wir oftmals Jugendliche, die unter psychischer Belastung, darunter Schlafstörungen, leiden. Es ist für sie eine enorme Herausforderung, in der Nacht ausreichend zu schlafen, um am nächsten Tag „pünktlich um 9.00 Uhr“ im Seminarraum zu sein, voller Freude auf die Inhalte des Tages! Das funktioniert so nicht, zumindest nicht für alle. Auch hier sehen wir, dass feste Strukturen und klare Rahmen auch einer bestimmten Gruppe von Menschen vorbehalten sind, die in der Lage sind, dem Muster zu entsprechen. Die Teilnehmenden „aus der Mitte der Gesellschaft“ kennen das ja sonst vom Alltag – in der Schule, im Studium oder Beruf – auch nur so und stellen formal organisierte Abläufe nicht in Frage.



Seminar mit Straßenkindern im Gustav-Stresemann-Institut

Foto: GSI

Es sind also – wie du auch sagst – Begegnungen besonderer Art. Aus meiner Perspektive zeigen sie stark die Grenzen der Strukturen in der non-formalen Bildung, aber auch trotzdem den Raum und die Möglichkeiten, wie man mit den verfügbaren Mitteln und dem Rahmen dennoch handlungsfähig sein kann.

Was sind aus deiner Sicht wichtige Botschaften, die wir – damit meine ich Akteure, die über Gestaltungsraum verfügen – von den marginalisierten Gruppen unbedingt lernen und aufholen müssen? Wohin sollten wir den Blick richten, um über den Tellerrand zu kucken?

Anett Quint: Bevor ich auf deine Frage antworte – mich hat deine Anmerkung über die Grenzen der Strukturen in der non-formalen Bildung irritiert. Ich habe darüber länger nachgedacht und auch zurückgedacht. Ursprünglich, als ich 1990 mit der außerschulischen Bildung im Bereich

des interkulturellen Lernens an der deutsch-polnischen Grenze in Bad Muskau begann, war diese Art der Bildung im wahrsten Sinne des Wortes non-formal. Sie war auf Augenhöhe, partnerschaftlich und demokratisch. Unter den Teilnehmenden und zwischen Teilnehmer*innen und Teamer*innen! Ganz anders als damals und heute in der Schule. Viele Teilnehmer*innen nahmen auch deshalb an unseren Begegnungen teil, weil sie „anders“ waren als das, was sie aus Schule und Elternhaus kannten. Bei uns wurden sie gefragt, was sie wollen und worauf sie Lust haben und was sie beitragen möchten. Alle Schritte gingen wir zusammen, wir entschuldigten uns bei Fehlern, auch ich mich als Erwachsene gegenüber den Teilnehmer*innen, wir korrigierten Entscheidungen und diskutierten aufgeschlossen Irrtümer. Das erlebe ich nur 30 Jahre später kaum noch. Da steht oft partizipativ drauf, aber beim genaueren Betrachten gibt es keine Zeit für das Teilen von Ideen und das Einbringen von eigenen Interessen. Wir erwarten mit der größten Selbstverständlichkeit eine sechs- bis achtstündige Teilnahme an einem Seminar, ohne danach zu fragen, ob es für die Teilnehmenden und ihre Lebenssituation passt. Das Formale steht mir oft zu sehr – vor den Inhalten – im Vordergrund.

Ich möchte mit den Teilnehmenden, egal mit welchen, nicht über Demokratie reden, sondern demokratisch, partnerschaftlich und auf Augenhöhe im Umgang miteinander sein und lernen. Wir lernen voneinander und ich bin als Teamerin nicht Besserwisslerin, um das etwas plakativ auszudrücken, sondern Teil des Prozesses. So habe ich außerschulische Bildung erfahren und viel Erfolg damit gehabt. Dennoch hat sich dieses Herangehen nicht verstetigt. Warum nicht?

Vielleicht – und damit komme ich zu deiner Frage –, weil wir uns tatsächlich für besser halten, weil wir uns nichts zu sagen haben? Das ist nur eine Annahme, aber ich erlebe in der Praxis der Sozialen Arbeit und der politischen Bildungsarbeit weiterhin ein sehr großes Machtgefälle. Das haben wir früher oft der Schule vorgeworfen, machtasymmetrisch zu sein. Aber wir sind es oft selbst: Bei mir als Macherin ist es das Wissen, aber auch der Zugang zu Geld und Räumen, in denen wir lernen. Und was wir darüber hinaus schon wissen: Es werden nicht mehr offene, demokratische Räume und Strukturen gefördert, die besetzt werden können, sondern die langfristige Förderung der Räume und Strukturen steht in Frage. Dagegen werden ständig neue und innovative Projekte auf den Weg gebracht, die nach zwei Jahren beendet werden müssen, weil das Geld ausgeht. Damit etabliert man →

kein prozesshaftes, lebenslanges und interdisziplinäres Lernen. Die Macher*innen sind ständig mit der Geldakquise beschäftigt und die Nutzer*innen der Seminare haben sich an die Förderbedingungen anzupassen. Wir reden schon lange nicht mehr über non-formales Lernen, sondern versuchen im Alltag durchzuhalten. Hätten marginalisierte Gruppen den Zugang zu regelfinanzierten Räumen und Strukturen, könnten wir sie gemeinsam bespielen, uns erproben, Macht abgeben. Weil das nicht stattfindet, vergeben wir uns letztendlich das Finden einer Antwort auf deine Frage: Was können wir von marginalisierten Gruppen lernen? Wir sind so sehr mit dem Überleben beschäftigt, dass wir zwar noch Kraft für Inhalte haben, aber kaum noch die Geduld für das WIE des Lernens. Uns fehlen sichere und freie Räume, in denen wir uns gegenseitig Fragen stellen können, um mehr voneinander zu erfahren. Täten wir dies, könnten wir erfahren, wie ökologisch und ressourcenschonend arme Menschen leben! Wissen, welches sich andere soziale Schichten mühsam und zudem ideologisch fundiert – da nicht aus existenzieller Notwendigkeit heraus, sondern um einen neuen Lebensstil bzw. Habitus zu begründen – ableiten müssen. Eine bekannte deutsche Stiftung wollte mal mit einer Gruppe postwachstumskritischer Student*innen im Bahnhof Jamlitz vorbeikommen, um mit Straßenkindern über die unterschiedlichen Intentionen von *Containern* zu sprechen. Dazu kam es leider nicht. Ist es Zufall, dass es keinen Austausch zwischen den sozialen Milieus gibt? Könnten sich diese Milieus z. B. zusammentun, um dafür zu streiten, wie lebensfeindlich es ist, Lebensmittel zu vernichten und um darüber aufzuklären, dass Containern weiter ein Straftatbestand ist? Aber die Gräben sind tief: Für die einen auf der Straße ist es ein Gebot des Überlebens zu containern, für die anderen eine Idee, um die Welt zu retten. Somit bleibt es, wie es gegenwärtig ist – wir sprechen selten miteinander, dafür öfter übereinander.

Dass diese Milieus sich begegnen, dafür steht unsere Bildungsstätte in Jamlitz. Hier treffen Gymnasiast*innen auf Straßenkinder und sind von deren Schicksalen schockiert, die sich in Deutschland abspielen. Das ist natürlich nirgendwo ein erklärtes Bildungsziel. Das entsteht, weil konkrete Menschen in Begegnungen und im grenzübergreifenden Lernen einen realen Mehrwert sehen. Vielleicht braucht es das als Basis, Vertrauen und Erfahrung, um nun auch soziale Milieus zum Gespräch einzuladen, die sich vermeintlich nichts zu sagen haben. In gewisser Weise vertrauen uns auch die betreffenden Gruppen, dass wir erfahren genug für diesen Weg sind, der viel Unsicherheit und

Angst birgt. Aber am Ende lernen wir dazu. Über andere, aber auch über uns selbst.

Iwona Domachowska: Und zum Lernprozess gehört ja auch der Schritt aus der Komfortzone hinaus. Es ist eine Aufgabe für die privilegierten, bzw. nicht marginalisierten Gruppen, diesen zu machen: zu erkennen, dass das Beharren in den eigenen Komfortzonen von der Begegnung und Lernerfahrung sehr effektiv schützt. Aus Angst davor erleben wir wiederum Folgen dieser Angst: die Spaltung der Gesellschaft und deren Organisation in Lager, die sich als gegensätzlich und sogar feindlich sehen. Die Frage ist nun, ob es noch fünf vor zwölf ist oder bereits fünf nach zwölf ...

Anmerkungen zu Begrifflichkeiten und den Institutionen

Straßenkinder ist eine Selbstbezeichnung von betroffenen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Wir nutzen im Fachaustausch, aber auch in der Zuschreibung, oft den Begriff der *entkoppelten Jugendlichen* und jungen Erwachsenen. Dieser Begriff meint die Entkoppelung vom System: wohnungslos, obdachlos, ohne Bezüge, ohne Bildung, ohne Schutz und Sicherheit. Oftmals einhergehend mit einer erlebten frühkindlichen Traumatisierung und in Folge nicht selten mit einer Suchterkrankung, Schulden, psychischen Belastungen etc.

Das *Gustav Stresemann Institut in Niedersachsen e. V.* ist eine unabhängige Bildungsstätte für politische Bildung, internationalen Austausch und berufliche Weiterbildung. Die Schwerpunkte der politischen Bildungsarbeit liegen insbesondere auf Diversity-, rassismuskritischer Bildung und Demokratiebildung.

KARUNA e. V. ist ein freier Träger in Berlin. Er arbeitet seit 1990 mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die in Berlin auf der Straße leben. Darauf zugeschnitten hat KARUNA ein vielfältiges Hilfsangebot entwickelt, u. a. Therapieeinrichtungen, tagesstrukturierende Angebote, eine Straßenzeitung, aber auch Schulen und Horte.

Die *Initiative „Momo – the Voice of Disconnected Youth“* hat sich 2014 aus einem Zusammenschluss von Straßenkindern und Sozialarbeiter*innen in Jamlitz gegründet. Heute gibt es Büros in Essen, Hamburg und Berlin. In der *Bildungsstätte des Justus Delbrück Hauses | Akademie für Mitbestimmung Bahnhof Jamlitz* (Bahnhof Jamlitz) treffen sie sich ab und an zu Seminaren.

Der *Bahnhof Jamlitz* in Trägerschaft von KARUNA e. V. liegt in einem Dorf im Süden von Brandenburg. Die nächst

größere Stadt ist Cottbus. Im Bahnhof gibt es die bundesweit einzige Bildungsstätte für Straßenkinder und eine Wohngruppe für ehemalige obdachlose junge Erwachsene nach dem Housing First-Ansatz. Der Bahnhof Jamlitz ist stark mit dem Dorf Jamlitz und hier insbesondere mit der Gedenkstätte Lieberose/Jamlitz in Trägerschaft der Brandenburgischen Gedenkstättenstiftung verbunden. Jamlitz hatte ein KZ-Außenlager. Später war es ein sowjetisches Speziallager. Alle Mitarbeiter*innen arbeiten sanktionsfrei, ohne Zwang, Druck, Strafe und Belobigung mit den Konzepten von Nachbeelterung und Nachreife. Sie engagieren sich gegen geschlossene Unterbringungen in der Jugendhilfe. Der Bahnhof finanziert sich aus Spenden und über Stiftungen. Er verfügt über keine Regelfinanzierung durch die Jugend- und/oder Sozialhilfe.

Containern ist ein Vorgang, bei dem Menschen von Supermärkten weggeworfene Lebensmittel aus den Müllbehältern entnehmen. Das sind Lebensmittel, die so verfallen sind, dass sie auch nicht an die TAFEL weitergegeben werden. Ein gängiger Begriff, der Containern umfasst, sich aber mit einer ideologischen Weltanschauung verbindet, ist Freegan.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 2/2024

Zu den Gesprächspartnerinnen



Iwona Domachowska ist Bildungsreferentin im Bereich politische Erwachsenenbildung im Gustav Stresemann Institut in Niedersachsen e. V. Sie studierte angewandte Linguistik, M. A., Friedens- und Sicherheitspolitik, ist M.P.S. Zertifizierte Gruppenleiterin interkulturelle Bildung sowie zertifizierte Trainerin des Demokratie-Lernprogramms „Betzavta/Miteinander“. Schwerpunkte der politischen Bildung: Diversity, Demokratiebildung und Rassismuskritik.

iwona.domachowska@gsi-bevensen.de

Foto: J. Quast



Anett Quint ist Diplom-Sozialpädagogin, Gruppendynamikerin, Traumapädagogin und seit 2013 Leiterin der Justus Delbrück Hauses | Akademie für Mitbestimmung Bahnhof Jamlitz (Träger KARUNA e. V., Berlin), eine Bildungsstätte für wohnungslose, traumatisierte, suchterkrankte und strukturell diskriminierte junge Erwachsene. Seit 22 Jahre ist sie im interkulturellen, vorrangig deutsch-polnisch/osteuropäischen Bereich der Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit tätig.

jamlitz@karuna-ev.de

Literaturtipps

Banerjee, Abhijit V. / Duflo (2012): *Esther Poor Economics: Plädoyer für ein neues Verständnis von Armut.* München: Albrecht Knaus Verlag

Nierth, Claudine / Huber, Roman (2023): *Die zerrissene Gesellschaft. So überwinden wir gesellschaftliche Spaltung im neuen Krisenzeitalter.* München: Goldmann